

## Die Ideen des Merz

Letzte Zuckungen der geistig-moralischen Wende – die Union auf der Suche nach sich selbst | Von Thomas Biebricher



Nicht vergnügungssteuerpflichtig: Friedrich Merz

Betrachtet man die Geschichte der CDU über die vergangenen ziemlich genau zwei Jahre, dann muss man feststellen, dass sich die Partei auf eine für ihre Verhältnisse sehr abenteuerliche Reise begeben hat, auf deren frühen Stationen immer wieder Aufbruchsstimmung zu spüren war, auf der danach aber immer wieder die Ausfahrten in Richtung des angestrebten Ziels einer inhaltlich-personellen Erneuerung ohne Machteinbußen verpasst wurden. Stattdessen schrammt sie immer näher am politischen Straßengraben entlang – und zwar kurioserweise ganz ohne Not.

Blicken wir noch einmal zurück: Als Jens Spahn, Anngret Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz 2018 auf Regionalkonferenzen durch das Land tourten und in zivilem Streit miteinander um den vakant werdenden CDU-Vorsitz rangen, war das für eine Partei, die nichts so sehr scheut wie den Eindruck der internen Zersplitterung und sich immer wieder diebisch über die Selbsterleuchtungstendenzen der politischen Konkurrenz freuen konnte, gelinde gesagt ein Wagnis. Doch nicht nur die PR-Profis des Konrad-Adenauer-Hauses zogen zunächst eine positive Bilanz und sahen in diesem risikanten Dreikampf das Potential, nicht nur dem persönlichen, sondern auch inhaltlichen Erneuerungsprozess der Partei einen wichtigen Impuls geben zu können.

Aber als Kramp-Karrenbauer sich auf dem Hamburger Parteitag nur denkbar knapp gegen Merz durchsetzen konnte, warnten erste Skeptiker bereits, dass sich womöglich keine Erneuerung, sondern gar eine langfristige Spaltung der Partei anbahne. Doch zunächst schien es, als ob die neue Vorsitzende die aufgeworfenen innerparteilichen Gräben wieder zuschütten könne. Die Tragik Kramp-Karrenbauers liegt natürlich nicht darin, dass ihr dies nur begrenzt gelang und sie in der Folge bisweilen unglücklich agierte, sondern dass sie im Gefolge der Thüringen-Affäre die Konsequenzen aus ihrer vermeintlich fehlenden Autorität innerhalb der Partei zog und ankündigte, ihr Amt zur Verfügung zu stellen. Denn auch wenn Kramp-Karrenbauer glaubte, damit ein persönliches Opfer zum Wohle ihrer Partei zu bringen, stürzte sie diese stattdessen ungewollt in das, was sich mittlerweile zu den schwersten Turbulenzen seit den Tagen der schwarzen Kohl-Kassen ausgeweitet hat.

Man stelle sich nur vor, wie anders die Situation der CDU heute wäre, hätte AKK seinerzeit nur etwas weniger Rückgrat und etwas mehr Willen zum Aussitzen bewiesen: Von Thüringen sprach schon Wochen später niemand mehr in der anbrechenden Corona-Ära, die Partei hätte sich angesichts der dramatischen Krise in guter CDU-Manier fest geschlossen hinter ihrer Vorsitzenden versammelt, und die zukünftige Kanzlerschaft wäre ihr kaum zu nehmen gewesen. Stattdessen taumelt die Partei nun seit vielen Monaten mit einer *Lame-Duck*-Führung durch dieses turbulente Jahr, und sowohl Funktionäre als auch Basis machen angesichts dieses Vakuums im Vorfeld einer unerbittlich näher rückenden Bundestagswahl einen zusehends aufgekratzten Eindruck. Und das ist das Stichwort, um auf Friedrich Merz zu sprechen zu kommen.

Auch wenn Merz noch im gleichen News-Cycle versuchte, seine Tiraden über Intrigen des Partei-Estab-

ishments gegen ihn wieder einzufangen und beteuerte, es gehe „überhaupt nicht um meine Person“, sondern um höchst formale, juristische Erfordernisse – die sich angesichts der neuen Gesetzeslage schnell als gegenstandslos entpuppten: Dort war jemandem erkennbar der Kragen geplatzt. Aber abgesehen von den weit hergeholteten Mutmaßungen über die gegen ihn gerichteten Motive hinter der Absage des Parteitags im Dezember hatte er eigentlich nur noch einmal unverblümt in die Kameras und Mikrofone gesagt, wovon er seit zwei Jahren fest überzeugt ist: Die Führungsebene in der CDU will keinen Vorsitzenden Merz – und damit hat er recht.

Denn die einzige Möglichkeit, wie sich die CDU ihre eigentlich sehr günstige Lage im Hinblick auf die kommenden Wahlen noch weiter verlagern könnte, nachdem sie sich schon mit der Hängepartie um die Führung der Partei selbst ins Knie geschossen hat, wäre, Merz zum Parteichef zu machen. Das mag die Parteibasis nicht interessieren, die scheinbar nach wie vor Merz favorisieren würde, aber in den oberen Rängen der Partei ist man sich darüber durchaus im Klaren. Dass Merz sich nun als Kandidat dieser Parteibasis inszeniert, ist keineswegs per se illegitim und macht ihn mitnichten zum „Sauerland-Trump“, wie ihn der Merz lange wohlwollend gesinnte FAZ-Herausgeber Berthold Kohler diese Woche schrieb – auch wenn die Suggestion einer konzertierten Kampagne gegen ihn, inklusive ominösen WhatsApp-Gruppen, schon sehr hanebüchen wirkt.

Die Pointe dieser jüngsten Zuspitzung liegt aber auf einer anderen Ebene: Merz ist einer der letzten verbliebenen CDU-Politiker aus einer Generation, die noch ihre politische Sozialisation in der Ära Kohl durchlief und für die selbst die geistig-moralische Wende nicht schon zur reinen Zeitgeschichte verblasst war. Nicht von ungefähr wirkt er mit seinen inhaltlichen Thesen, aber auch mit seinem ganzen Habitus für viele – jüngere – Beobachter wie aus der Zeit gefallen, ein Überbleibsel aus einer anderen Ära. Und gerade er ist es nun, der wie kaum ein Zweiter in der Parteigeschichte der vergangenen vierzig Jahre die oberste Partei-Devise, die sich über weite Strecken jener Ära als Erfolgsgarant erwies, in den Wind schlägt: Einigkeit First, Inhalte Second – um es einmal in der Diktion von FDP-Wahlplakaten auszudrücken.

Bei der politischen Konkurrenz ist man an solche Parteirevolten gewöhnt, doch eine inhaltlich ohnehin dürftig aufgestellte Christdemokratie, die sich dann auch noch in diverse Lager auseinanderdividiert? – die Reise der CDU könnte in den nächsten Monaten noch einen recht unangenehmen Verlauf nehmen.



PROF. DR. THOMAS BIEBRICHER

ist Politischer Theoretiker. Er ist Professor für die Geschichte ökonomischer Governance an der Copenhagen Business School. Anfang kommenden Jahres erscheint sein neues Buch „Die Politische Theorie des Neoliberalismus“ bei Suhrkamp.

## Schlagschatten der Coronakrise

Der neue Asyl- und Migrationspakt der EU setzt noch immer auf zwielichtige Zusammenarbeit | Von Ramona Lenz

Die Coronakrise steht derzeit im Zentrum der Aufmerksamkeit. Gleichzeitig bestehen andere Krisen jedoch fort und werden durch die Pandemie und die Maßnahmen zur ihrer Eindämmung teilweise noch verstärkt. Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten sind Zeugen und Gradmesser dieser Krisen. Ein paar Wochen lang richtete sich die mediale Aufmerksamkeit auf rund 12 000 von ihnen, die auf Lesbos im Elend lebten. Die Situation auf den griechischen Inseln ist nach wie vor desolat und darf nicht in Vergessenheit geraten, doch das gilt auch für andere Regionen, in denen Menschen auf der Suche nach Schutz und Teilhabe stranden.

Immer häufiger ist ihre ausweglose Situation das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union einerseits und den Herkunfts- oder Transitländern andererseits. Daran wird auch das neue von der EU-Kommission Ende September vorgestellte europäische Asyl- und Migrationspaket nichts ändern.

Das EU-Türkei-Abkommen, das Zahlungen in Milliardenhöhe vorsieht, damit die Türkei Flüchtlinge von der Weiterreise nach Europa abhält, während gleichzeitig diejenigen auf den griechischen Inseln festgehalten werden, die trotzdem irregulär einreisen, ist nicht der erste Tauschhandel auf Kosten von Menschen auf der Flucht – und wird nicht der letzte sein. Bereits seit Mitte 2006 bringt der Rabat-Prozess europäische Regierungen sowie Regierungen aus Nord-, West und Zentralafrika zusammen, um sich in Fragen des „Migrationsmanagements“ abzustimmen.

Beim 2014 angestoßenen Khartum-Prozess geht es um die Kooperation zwischen der EU und Herkunfts- und Transitländern in Nord- und Ostafrika, um Flucht und Migrationsbewegungen über das Horn von Afrika Richtung Europa zu bremsen, wobei man sich nicht vor der Zusammenarbeit mit Diktaturen wie in Eritrea oder Sudan scheut. Die Konsequenzen für Menschenrechte und Demokratisierungsprozesse sind verheerend und nicht in Einklang zu bringen mit der Behauptung der Bundesregierung und der EU, Fluchtursachen in Herkunftsländern mindern zu wollen.



Was ist das Ziel der EU-Mission in Mali?

In ihrem Ende September verkündeten neuen Asyl- und Migrationspakt hält die EU-Kommission dennoch an dieser Strategie fest. Entgegen der Behauptung, der neue Pakt sei Ausdruck eines „Paradigmenwechsels“ in der Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, sind die angekündigten Pläne in mehrerer Hinsicht deckungsgleich mit dem, was schon vor Jahren auf den Weg gebracht wurde: verstärkte Zusammenarbeit mit Drittländern bei der Rückkehr- und Reintegrationsförderung, bei der Bekämpfung von „Menschenschmuggel“ und sogenannter irregulärer Migration – sowie bei der Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten.

Betrachtet man das westafrikanische Mali, wo die EU bereits 2008 ihr erstes Migrationszentrum (CI-GEM) zu genau diesen Zwecken eröffnete, sieht man, wie wenig Bedeutung dem letzten Punkt voraussichtlich zukommen wird. War auch dort zu Beginn noch die Rede von der Schaffung legaler Migrationsmöglichkeiten, hieß es schon bald, es sei nicht vorgesehen, Migrantinnen und Migranten bei der Suche nach Jobs in Europa zu unterstützen. 2014 wurde das Zentrum wieder geschlossen, doch die Zahl der Menschen, die in Mali vertrieben werden – sei es aufgrund von Krieg und Gewalt oder weil Klimakrise und Rohstoffraub ihnen die Lebensgrundlage entziehen – nimmt zu.

Daran haben auch sieben Jahre europäischer Militärintervention mit deutscher Beteiligung nichts geändert. Im Gegenteil. Die Zahl bewaffneter Gruppen und betroffener Regionen hat sich ebenso vervielfacht wie die Zahl der Vertriebenen, die größtenteils innerhalb des Landes oder in Nachbarländern Zuflucht suchen.

Das Leben der Menschen in der Sahelzone ist von vielfältigen Unsicherheiten geprägt. Die massive Präsenz internationaler Truppen trägt nicht dazu bei, dass sich daran etwas ändert – und lässt die Bevölkerung am Sinn des Einsatzes zweifeln. Die Vermutung liegt nahe, dass es deutlich weniger um die Sicherheit der Menschen vor Ort als um den Schutz Europas vor Terror und unerwünschten Flüchtlingen geht.

Die Strategie der Stabilisierung eines den eigenen Interessen dienlichen, ansonsten aber fragwürdigen Status quo, die Europa bislang verfolgte, ist jedoch spätestens Mitte August mit dem Militärputsch gegen den ehemaligen Präsidenten Keita gescheitert. Dem Putsch waren monatelange Massenproteste wegen Korruptionsvorwürfen, der schlechten wirtschaftlichen Lage und dem mangelhaften Bildungs- und Gesundheitssystem in Mali vorausgegangen, was Europa viel zu lange ignoriert hat.

Auch im Sudan stürzten Massenproteste einen Machthaber, der der EU in Fragen der Migrationssteuerung und -verhinderung Stabilität garantiert hatte. Sie sah dabei darüber hinweg, dass gegen den langjährigen Gewaltherrscher Omar al-Bashir ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs wegen schwerer Verbrechen in Darfur vorlag. Im Rahmen des Khartum-Prozesses und finanziert über den EU Emergency Trust Fund for Africa führt die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Sudan und anderen Ländern am Horn von Afrika das Programm „Better Migration Management“ (BMM) aus.

Sudan Uprising Germany, eine Organisation von Exil-Sudanerinnen und -Sudanern, die von Deutschland aus die Demokratiebewegung im Land unterstützen, kritisiert: „Die EU-Politik, angeführt von Deutschland, ist seit 2015 ein Schlüsselfaktor bei der Verletzung der Rechte von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten am Horn von Afrika.“ Mit ihrer kürzlich lancierten Kampagne #EndJanjaweed machen sie auf die Komplizenschaft der EU mit den Janjaweed-Milizen aufmerksam, die vom al-Bashir-Regime eingesetzt worden waren und in Darfur und anderen Regionen schwere Kriegsverbrechen begangen haben. Umbrannt in Rapid Support Forces (RSF) gehen sie nun nicht nur an der Grenze zu Libyen gegen Flüchtlinge vor und werden für die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juli 2019 verantwortlich gemacht.

Wenn Deutschland und die EU es ernst meinen mit der Minderung von Fluchtursachen, müssen sie die demokratischen Kräfte in Herkunftsländern wie Mali und Sudan unterstützen und nicht diejenigen, die sie unterdrücken. Und wenn Protestierenden nur noch der Weg ins Exil bleibt, dürfen die Grenzen nicht geschlossen sein. Sämtliche Deals, die darauf zielen, Flucht und Migration nach Europa um jeden Preis zu verhindern und Abschiebungen in Kriegs- und Krisenregionen zu erleichtern, sind menschenrechtlich nicht vertretbar.



DR. RAMONA LENZ

ist Kulturanthropologin und arbeitet seit 2011 in der Öffentlichkeitsabteilung der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Seit 2015 beschäftigt sie sich als Referentin für Flucht und Migration mit den Auswirkungen, die das europäische Grenzregime auf Menschen an den EU-Außengrenzen und weit darüber hinaus hat.

DER HAUPTSTADTBRIEF

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: [www.derhauptstadtbrief.de/newsletter](http://www.derhauptstadtbrief.de/newsletter)

## DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadeaer.

## In der Stille

Hello strengere Corona-Maßnahmen, my old friends. Die erneuten Einschränkungen stehen in den Startlöchern. Zurück zu: Kontakte reduzieren, flache Kurve, „stay at home“ – wobei oft unterschlagen wird, dass nicht wenige Menschen dies genauso über den Sommer durchgezogen haben. Vergessen wird meist auch, dass Risikogruppen mitnichten nur aus Oma und Opa bestehen, sondern aus diversen anderen Gruppen, die nun wieder drohen, durchs Aufmerksamkeitsraster zu rutschen. Das betrifft zum Beispiel wohnungslose Menschen, die sich nicht mal eben mit Netflix und neuen Brotbackrezepten in die eigenen vier Wände zurückziehen und der Vereinsamung mit Videocalls trotzen können. Dabei stellen sie eine besonders verletzliche Gruppe dar: Viele sind älter und haben meist mehrere Vorerkrankungen.

Kaum noch Straßenspenden. Weniger Betten in der Notunterkunft, um Platz für Mindestabstand zu schaffen. Geschlossene Gemeinschaftsräume, wo man sonst Ruhe und Kraft schöpfen konnte. Fehlende Zeit der Sozialarbeiter\_innen, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und im Fall der Fälle weiterhelfen zu können – weil neben der Essensausgabe kaum Gelegenheit dafür bleibt. Schlechter und kälter werdendes Wetter. Das Lebensrisiko Armut verschärft sich in Verbindung mit Wohnungslosigkeit durch Corona umso mehr.

Der wirksamste kurzfristige Coronaschutz wäre es, wohnungslose Menschen einzeln unterzubringen. Dafür können Hotels und leerstehende Unterkünfte angemietet werden. Mit dieser Finanzspritze würden sie es dann ebenso besser verkraften, dass ihnen bis auf Weiteres die touristischen Übernachtungsgäste wegfallen.

Gleichzeitig müssen wir uns mit der Realität befassen, dass in diesem Winter noch mehr Menschen droht, ihre Wohnungen zu verlieren, da Rechnungen und Miete noch seltener gestemmt werden können, wenn Corona wütet und die Krise persönliche Notlagen verschlimmert. Warum wird ein Mieterlass bisher nicht ernsthaft diskutiert? Langfristig hilft allerdings nur ein Schutz vor Armut. Ohne Schuldzuweisungen und Hürden, dafür mit umso mehr Würde und selbstverständlicher Sicherheit.

Die volle Härte des Coronawinters steht noch bevor. Umso mehr ist es jetzt an der Zeit, Menschen aus ihrer Wohnungsnot zu holen, sie davor zu schützen und diese Perspektiven konsequent einzubeziehen. „Stay at home“ darf kein Privileg bleiben, und das Recht auf Wohnen muss für alle Menschen gelten – mit und nach Corona.